Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5238

26. 09. 89

Sachgebiet 7401

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/5125 —

Wirtschaftliche Beziehungen mit der VR China nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit hat mit Schreiben vom 25. September 1989 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Ist die staatliche Entwicklungshilfe an die VR China sowie die staatliche Kapitalhilfe im Rahmen der Entwicklungspolitik vollständig eingestellt worden?

Nein.

2. Für den Fall, daß Frage 1 mit „nein" beantwortet wird: Welche Projekte werden in welcher Art und Weise und in welcher Höhe finanziert bzw. bezuschußt? Welche Kredite sind gestrichen, welche werden gegeben oder sind geplant? Sind Kredite von der VR China neu beantragt worden?

Der Deutsche Bundestag hatte in den gemeinsamen Entschließungen aller Fraktionen vom 15. und 23. Juni 1989 ebenso wie der Rat der europäischen Staats- und Regierungschefs in seiner Erklärung zu China vom 27. Juni 1989 nicht zu einer (vollständigen) Einstellung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit der VR China aufgefordert.

Derzeit werden im Bereich der Finanziellen Zusammenarbeit aus den Altzusagen (440 Mio. DM zu den ehemaligen Standardkonditionen, 30/10/2) der Jahre 1985 bis 1988, von 18 Projekten jene 11 finanziert, für die bereits vor dem 4. Juni 1989 sowohl Regierungsabkommen wie Darlehensverträge der KfW bestanden. Neue

Regierungsabkommen oder Darlehensverträge wurden seit dem 4. Juni 1989 nicht unterzeichnet.

In 3 von den restlichen durch frühere Regierungsabkommen gedeckten Fällen, in denen Darlehensverträge bis zur Unterzeichnungsreife vorbereitet waren, handelt es sich um Mischfinanzierungen für größere Projekte (Kraftwerk, Lastwagenproduktion und ein Entwicklungsbankenkredit), für die keine Hermesdekkungen verfügbar sind.

Für das in der Rahmenplanung vorgesehene FZ-Programm des Jahres 1989 in Höhe von 220 Mio. DM erstellt die KfW aufgrund vorhandener Unterlagen Prüfungsberichte oder läßt Studien anfertigen.

Die weiteren Entscheidungen sind offen. Zur U-Bahn Schanghai wird auf Frage 9 verwiesen.

Nach der am 1. Juni 1989 beendeten 7. Sitzung der Gemischten Kommission für Entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind von der VR China keine neuen FZ-Kredite beantragt worden.

3. Inwieweit plant die Bundesrepublik Deutschland die Wiederaufnahme entwicklungspolitischer Zusammenarbeit mit der VR China?

Ein förmlicher Wiederaufnahmebeschluß mit einem klaren Zeitziel ist nicht planbar. Die maßgeblichen Entwicklungen in der VR China, die die Voraussetzungen für eine gedeihliche langfristige Zusammenarbeit schaffen könnten, wie eine Rückkehr zum Kurs der Reformen und Öffnung, sind nicht von außen her steuerbar oder mit einiger Zuverlässigkeit absehbar.

Zum weiteren Vorgehen wird sich die Bundesregierung mit den Regierungen der übrigen EG-Partnerländer wie in der Gruppe der sieben am Wirtschaftsgipfel beteiligten großen Industrieländer abstimmen.

4. Stimmen Berichte, daß die GTZ ihre Zusammenarbeit mit der VR China wiederaufnehmen will und der Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Kürze nach China fährt? Hat die GTZ ihre Zusammenarbeit mit der VR China bereits wieder aufgenommen?

Die GTZ wird aufgrund eines Auftrages des BMZ vom 15. August 1989 – nach erfolgter Einzelfallprüfung des gesamten TZ-Programms – 34 Vorhaben ganz oder eingeschränkt fortführen, während 22 im laufenden Jahr beendet und 14 nicht weiter vorbereitet werden.

In der Bundesrepublik Deutschland laufende Stipendienprogramme werden wie bisher weitergeführt; Seminare der DSE und CDG mit gebotenen Anpassungen und Einschränkungen.

Über eine Reise von Staatssekretär Lengl nach China gibt es keine Entscheidung.

5. Für welche Projekte mit Bezug auf die VR China werden im Moment oder in nächster Zeit bei der DSE zukünftige Teilnehmer vorbereitet?

Bei der DSE werden z. Z.

- ein GTZ-Mitarbeiter auf die Ausreise nach China vorbereitet,
- ferner zwei Integrierte Fachkräfte mit chinesischen Arbeitsverträgen sowie
- ein Mitarbeiter der FES für die Fortführung eines laufenden Wissenschaftskooperationsprojektes.

6. Sind alle von der Bundesrepublik Deutschland entsandten Wirtschaftsexperten und Techniker u. ä. aus der VR China zurückgeholt worden?

Sämtliche GTZ-Mitarbeiter samt Familienangehörigen wurden nach den Ereignissen vom 4. Juni 1989 umgehend in die Bundesrepublik Deutschland zurückberufen. Ausnahmen sind acht Langzeitexperten mit Angehörigen in Tianjin, für die keine akute Gefährdung vorlag und zwei in Lhasa stationierte Consultingmitarbeiter, zu denen im Juni kein Kontakt bestand.

Ein Mitarbeiter eines von der GTZ beauftragten Unternehmens blieb auf eigenen Wunsch und eigenes Risiko in Peking.

7. Weiß die Bundesregierung, ob es seitens der DEG Zusagen an die VR China gibt?

Die DEG hatte sich bis zum 31. Dezember 1988 in sieben Chinaprojekten engagiert; im laufenden Jahr sind keine Neuzusagen erfolgt.

8. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, wie sich nichtstaatliche Entwicklungsgeber verhalten, z. B. welche Projekte von ihnen abgebrochen bzw. eingefroren sind, welche durchgeführt werden und welche geplant sind?

Der jetzige Sachstand ist der Bundesregierung bekannt. Im wesentlichen werden im Bereich der nichtstaatlichen Träger laufende Vorhaben wie in der TZ i.e.S. weitergeführt, wenn auch häufig in reduziertem Umfang. Einige Projekte sind eingestellt worden. Die internen Planungen der Nichtregierungsorganisationen zu China sind der Bundesregierung nicht im einzelnen bekannt.

9. Weiß die Bundesregierung, wie es sich mit der weiteren Zusammenarbeit mit der VR China in bezug auf den U-Bahn-Bau in Shanghai verhält?

Das am 16. Januar 1989 unterzeichnete Regierungsabkommen über einen FZ-Kredit für die U-Bahn Schanghai ist mangels eines Notenwechsels zum Datum des Inkrafttretens bisher nicht wirksam geworden.

10. Werden keine Hermesbürgschaften mehr gewährt?

Positive Entscheidungen über neue Anträge auf „Hermes-Dekkung" für deutsche Lieferungen in die VR China sind seit Anfang Juni 1989 nicht mehr getroffen worden.

11. Ist der Export aller Güter, die militärisch oder polizeilich verwendet werden können und somit der Genehmigung der Bundesregierung unterliegen, eingestellt?

Die Bundesregierung hat die rüstungsexportpolitischen Grundsätze bei der VR China schon bisher restriktiv angewandt. Seit Juni 1989 werden weder Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in die VR China erteilt noch Exporte durchgeführt. Im übrigen werden Anträge auf Ausfuhrgenehmigungen für die VR China, bei denen eine zivile Verwendung nicht eindeutig erkennbar ist, von der Bundesregierung besonders sorgfältig geprüft.

12. Gibt es weiterhin Zusammenarbeit auf polizeilichem Gebiet? Weiß die Bundesregierung, wie diese Zusammenarbeit in den einzelnen Bundesländern gehandhabt wird?

Es befinden sich z. Z. zwei Stipendiaten der VR China im Rahmen der polizeilichen Ausbildungshilfe in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Ausbildung endet mit Ablauf des Monats September 1989. Danach findet keine weitere Zusammenarbeit auf polizeilichem Gebiet mit der VR China statt.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über eine Zusammenarbeit der einzelnen Bundesländer auf polizeilichem Gebiet mit der VR China vor.

13. Weiß die Bundesregierung, ob es von bundesdeutscher Seite aus eine Beteiligung an der Pekinger Herbstmesse geben wird? Werden bundesrepublikanische staatliche Stellen involviert sein?

Die Pekinger Herbstmesse wird von staatlichen Stellen der Bundesrepublik Deutschland nicht gefördert. Ob deutsche Unternehmen an dieser Messe teilnehmen werden, entzieht sich der Kenntnis der Bundesregierung.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333